

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 66 846 pabnd d

Inhalt

38. Jahrgang / 59

25. März 1983

Diether Posser, Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, zum Umgang der Union mit der Zwangsabgabe: Doppelzüngig.

Seite 1

Rudolf Hartung, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, über den Kongreß der SPD-Arbeitsgemeinschaft am Wochenende: Für Entspannung und Abrüstung.

Seite 3

Heinke Salisch MdEP stellt eine Initiative der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vor.

Seite 4

Buchbesprechung

Albertz/Drewitz/Strasser und andere: "Lokal 2000 - Berlin als Testfall", eingeleitet von Hans-Jochen Vogel, herausgegeben von Knut Nevermann. - Besprochen von Marie-Luise Weinberger.

Seite 5

Doppelzüngig

Die Union und die Investitionshilfeabgabe

Von Dr. Diether Posser

Finanzminister von Nordrhein-Westfalen

Das Verhalten von Unionspolitikern in der Frage der Zwangsanleihe ist ein Lehr-Beispiel in Wankelmütigkeit und Doppelzüngigkeit. Der damit verbundene Vertrauensverlust beim Bürger wird der Union hoffentlich noch lange anhängen.

Am 20. Dezember 1982 verabschiedete der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von Union und FDP das Haushaltsbegleitgesetz 1983. Darin ist die sogenannte Investitionshilfeabgabe enthalten, die in den Jahren 1983 und 1984 erhoben werden und ab 1987 zurückgezahlt werden soll. (Bundesgesetzblatt i.S. 1857) "nachdem es Gesetz geworden ist, gilt hier für mich natürlich der Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes", sagt Bundesminister Stoltenberg am 13. Januar 1983 im ZDF. Vier Tage später, am 17. Januar beschließen die Vorstände der CDU und CSU - "nur mit schwerem Herzen", so der bayerische Ministerpräsident Strauß laut dpa, die Anleihe in eine endgültige Abgabe umzuwandeln, also nicht zurückzuzahlen. Dieser Beschluß wird Teil des Wahlprogramms der Union.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Druckerei: Unions-
druckerei Köln
Bonn/Bonn



"Jetzt macht der Wahlkampf Spaß", ruft Bundesminister Blüm unter stürmischem Beifall seiner Anhänger am 19. Januar 1983 in Dortmund aus (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 20. Januar 1983). Nach diesem Beschluß könne die Union es auch wagen, in die traditionelle Wählerschicht der SPD einzubrechen.

Der bayerische Ministerpräsident Strauß wirft der FDP vor, sie stempele Kanzler Kohl mit ihren Versprechungen zur Zwangsanleihe als "Wahllügner" ab. Notfalls würde man die Einbehaltung der Zwangsanleihe mit der SPD beschließen. (Westfälische Rundschau vom 22. Februar 1983) Bundeskanzler Kohl erklärt zwei Tage vor der Wahl, am 4. März 1983 in "Weltbild": "Wenn wir für Beamte, Rentner, Landwirte, Schüler und Studenten Einschränkungen vorsehen, dann ist es aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit auch richtig, daß die Besserverdienenden diesen nicht rückzahlbaren Solidaritätsbeitrag leisten. Es geht um die Sicherung unserer Zukunft." Gilt dies nicht mehr? Die Sozialdemokraten sind weiterhin bereit, der Union bei der Durchsetzung ihres Wahlversprechens zu helfen. Bundeskanzler Kohl muß nicht zum "Wahllügner" werden.

Es nützt nichts mehr, wenn CDU-Generalsekretär Geißler mit eilfertigen Rechnungen ein Opfer der Besserverdienenden in Form eines Zinsverlustes belegen will. Natürlich ergibt sich ein größerer Zinsverlust, wenn die Anleihe ein Jahr länger erhoben und drei Jahre später zurückgezahlt wird. Entscheidend ist: Sie wird zurückgezahlt. Der unsinnige Verwaltungsaufwand wird noch vergrößert und den höher Verdienenden wird kein endgültiges Opfer abverlangt. Dagegen werden Rentner und Arbeitslose dauerhaft belastet, und zwar in einem Ausmaß, daß die Koalitionäre jetzt noch nicht den Mut haben zuzugeben. (-/25.3.1983/ks/rs)

+ + +



Die Friedensbewegung stärken

Entspannung und Abrüstung - zentrale Forderungen der Jungsozialisten

Von Rudolf Hartung

Vorsitzender der Jungsozialisten

Die Konsequenzen des Wahlausganges am 6. März und die bevorstehende Debatte um die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen werden die Hauptthemen des am Wochenende stattfindenden Bundeskongresses der Jungsozialisten in Oberhausen sein.

Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten wird im Rahmen einer Wahlanalyse die SPD auffordern, Wege zur Lösung der drängenden Zukunftsprobleme zu erarbeiten und für ihre Vorschläge Unterstützung zu mobilisieren. Es müssen Wege zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit aufgezeigt werden, die zugleich Wege aus der ökologischen Krise sind. Auch und gerade in der Opposition muß aber vor allem alles getan werden, um eine neue Friedenspolitik durchzusetzen, da Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung und nicht durch stete weitere Aufrüstung mit Massenvernichtungswaffen gewährleistet werden kann.

Ein vom Bundesvorstand der Jungsozialisten einstimmig angenommener Leitantrag stellt die Gefahr der amerikanischen Hochrüstungspolitik dar, durch die nicht nur der Frieden unsicherer gemacht wird, sondern sich auch die soziale Lage der Menschen in aller Welt verschlechtert.

Die Jungsozialisten wollen die Friedensbewegung stärken, indem sie insbesondere einen Beitrag dazu leisten werden, daß sich die Gewerkschaften und die Friedensbewegung einander annähern. Des weiteren werden die Jungsozialisten die von der Aktion Sühnezeichen initiierten Friedenswochen und die Kampagne zur Schaffung symbolischer atomwaffenfreier Zonen in der Bundesrepublik unterstützen.

Angeichts der drohenden Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und angesichts einer Rechtskoalition, die nicht in der Lage ist, sich gegen die amerikanische Hochrüstungspolitik durchzusetzen, fassen es die Jungsozialisten als eine ihrer Hauptaufgaben auf, die gegen diese drohende Stationierung unternommenen Aktionen mit vorzubereiten und sie zu unterstützen. Dabei gehen die Jungsozialisten davon aus, daß das Prinzip dieser Aktivitäten die Gewaltfreiheit ist. (-/25.3.1983/ks/rs)

+ + +



Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit

Das Europäische Parlament legt konkrete Vorschläge vor

Von Heinke Salisch MdEP

Koordinatorin der Sozialistischen Fraktion für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung

Mit der Sondersitzung über Beschäftigungsprobleme in der Europäischen Gemeinschaft, die Ende April in Brüssel stattfinden wird, will das Europäische Parlament nicht nur ein Zeichen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzen, sondern es wird der Öffentlichkeit seine eigenen konkreten Vorschläge dazu vorlegen.

Ein Kernstück der Debatten wird mein Bericht über die Jugendarbeitslosigkeit sein, der soeben im zuständigen Parlamentsausschuß verabschiedet worden ist.

Bedauerlicherweise hat der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs das Thema "Jugendarbeitslosigkeit" auf sein nächstes Treffen im Juni in Stuttgart verschoben - kein Ruhmesblatt für die deutsche Präsidentschaft unter Kanzler Kohl. Ebenso schlimm ist es, daß sich die EG-Kommission trotz dreimal wiederholter Versprechen unfähig gezeigt hat, ihren "Aktionsplan für die Beschäftigung Jugendlicher" vorzulegen.

Das Versagen anderer EG-Organe gibt der Initiative des Europäischen Parlaments umso mehr Gewicht.

Der Sozial- und Beschäftigungsausschuß des Europaparlaments fordert zunächst neben aufeinander abgestimmten Maßnahmen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten eine Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie für Schulabgänger und Jugendliche bis zu 25 Jahren.

Ferner sollen die Mittel im EG-Sozialfonds für 1984 verdoppelt werden. Damit soll die Europäische Gemeinschaft ihren Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erheblich verstärken.

In den Mitgliedstaaten

- sollen sich Betriebe im "Ausbildungsverbund" zusammenschließen, die allein zur Ausbildung nicht in der Lage sind,
- sollen regionale "Ausbildungsbörsen" geschaffen werden, und
- ausbildungsfeindliche Vorschriften sollen abgebaut werden.

Berufsvorbereitung und Berufsberatung sollen in den allgemeinbildenden Schulen überall verbindlich eingeführt werden. Dazu muß der Ausbau der alternierenden Beruf- und Schulbildung in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft sowie die Einführung der Berufsschulpflicht in Teilzeitform in Verbindung mit betrieblicher Ausbildung in den Ländern kommen, wo dies noch nicht existiert.

Wir schlagen außerdem die Einführung eines EG-Ausbildungspasses vor, der in den Ländern der Gemeinschaft gelten soll, damit die Anerkennung der Ausbildung überall gesichert ist und die Freizügigkeit auch für junge Arbeitnehmer Realität werden kann.

Der Ausschuß hat meinen Bericht ohne Gegenstimmen angenommen. Das ist ein gutes Vorzeichen für die erste Brüsseler Plenartagung des Europäischen Parlaments.

(-/25.3.1983/ks/rs)

+ + +



BUCHBESPRECHUNG

Heinrich Albertz / Ingeborg Drewitz / Johanno Strasser und andere: "Lokal 2000" - Berlin als Testfall". Eingeleitet von Hans-Jochen Vogel, herausgegeben von Knut Nevermann, Reinbek bei Hamburg, Februar 1983, DM 10,80.

Sollte zur Pflichtlektüre werden: "Lokal 2000"

Die großen "Streitfragen" der achtziger Jahre drängen in letzter Zeit zunehmend in das Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten. Die exemplarischen Tendenzen und Probleme dieses Jahrzehnts sind: Die Integration von Ausländern und Randgruppen in die "Mehrheitsgesellschaft", die Entwicklung einer menschenwürdigen Wohnungs- und Sanierungspolitik, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Verschärfung der ökologischen Problematik, das Anwachsen von alternativen und neo-konservativen Aktivitäten.

Für Hans-Jochen Vogel und seine Mannschaft wurden diese Probleme zum "Testfall", als sie 1981 nach Berlin kamen. Die Stadt befand sich in einer schweren politischen Krise. Hausbesetzungen und gewalttätige Auseinandersetzungen, Leerstand von 800 Häusern, Garski-Skandal - all dies waren die Erscheinungsformen. Jochen Vogel erkannte, daß dies die Symptome, nicht aber die Ursachen der Krise waren. Nein, die lagen tiefer. Er schreibt: "Die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen standen dieser Krise mehr oder weniger hilflos gegenüber. Die Verwaltung hatte sich mit ihrem herkömmlichen Verfahrensabläufen festgefahren. Ihre Instrumente griffen nicht mehr, blockierten sich gegenseitig.....Der Kern (der Krise) ist, daß wir uns zu oft nach falschen Maßstäben gerichtet haben. Daß wir den Teilmaßstab des wirtschaftlichen Wachstums der Ertrags-, Einkommens- und Konsumsteigerung haben übermächtig werden lassen. Und daß wir für diese Steigerungen unvernünftig hohe Einbußen anderer Art in Kauf genommen haben."

Wie diese Erkenntnisse in praktische Politik umgesetzt worden sind, beschreibt der Reader "Lokal 2000", - ein Gemeinschaftswerk der am Neuanfang beteiligten und kritischen Außenstehenden. Aus der Vielfalt der Beiträge seien nur die "prominentesten" erwähnt: Anke Brunn schreibt über lokale Sozialpolitik; Reinhard Ueberhorst beschreibt örtliche Energieversorgungssysteme, Peter Sötje plädiert dafür, den Genossenschaftsgedanken wieder in die Wohnungspolitik einzuführen, Johanno Strasser macht sich Gedanken über die politische Kultur der Metropole West-Berlin, Heinrich Albertz entwickelt - wie Ingeborg Drewitz - Zukunftsperspektiven für Berlin und Gerhard Heimann resümiert über die deutschlandpolitische "Einbettung" der geteilten Stadt.

Alle Beiträge versuchen, ein "antietatistisches" Politikmodell zu entwerfen. Knut Nevermann beschreibt dies wie folgt: "antietatistische Politik will Ansatzpunkte und Perspektiven für eine lokale Politik, mit der zugleich praktische Beiträge zu globalen Bereichen (Umwelt, Energie, Verkehr, Wohnen und so weiter) geleistet werden können". Auch wendet sich dieser Politikbegriff gegen die staatlich-bürokratischen Problemlösungsstrategien im parlamentarisch-repräsentativen Rahmen. Basisinitiativen, Bürgerinitiativen sollen aktiv bei der Politikgestaltung mitwirken, denn "hier lebt ein personales, intellektuelles und basisdemokratisches Potential größten Ausmaßes, das von der etablierten Politik eher ausgegrenzt wurde".

Für Sozialdemokraten sollte dieses Buch zur Pflichtlektüre werden - gerade in Oppositionszeiten. "Ohne eine politische Perspektive, wie wir sie in "Lokal 2000" zusammengefaßt haben, wird auch die Bonner Bühne mit Hans-Jochen Vogel als eine bürgerferne und verkrustete Veranstaltung erscheinen", meint Nevermann. Ob sich diese Perspektive als langfristige Problemlösungsstrategie erweisen wird, bleibt offen. Hierzu war der Erprobungszeitraum einfach zu kurz. Noch ein letztes Wort der Kritik: Manche Beiträge vermögen den von Knut Nevermann formulierten Anspruch schlicht und einfach nicht einzulösen.

Marie-Luise Weinberger

(-/25.3.1983/ks/rs)

+ + +

